

Arbeitsbericht 2011

# CDU-Fraktion im Regionalverband Ruhr



Metropole Ruhr: Region der neuen Chancen



Roland Mitschke

## SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN, LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE,

mit diesem Bericht geben wir Ihnen wieder einen Einblick in die Arbeit der CDU-Fraktion im Regionalverband Ruhr, der einzigen politischen Klammer der 53 Kommunen der Metropole Ruhr. Der Bericht bezieht sich im Wesentlichen auf die Arbeit des ersten Halbjahres. Zurzeit tagen in dieser und in der kommenden Woche die Ausschüsse des Regionalverbands.

In diesen Tagen stehen in den Gremien einige richtungsweisende Entscheidungen an, insbesondere zur Nachfolge von Projekten des Kulturhauptstadtjahres Ruhr.2010 im Rahmen der Debatte um einen Masterplan Kulturmetropole Ruhr. Viel zu lange hat die Diskussion gedauert, die zudem zuletzt völlig intransparent zwischen Verwaltung, Teilen der Politik und rot-grüner Landesregierung erfolgte. So sehr zu begrüßen ist, dass das Land und die Region ihre Beiträge in Höhe von je 2,4 Mio. Euro verstetigen, so sehr ist es auch erkennbar, dass die SPD der Region mißtraut. Eine Steuerung der regionalen, von der kommunalen klar getrennten, Kulturarbeit durch den Regionalverband ist nicht gewünscht, sie wird auf ein Mindestmaß reduziert. Es bleibt abzuwarten, ob auch die rot-grüne Minderheitsregierung wieder in alte Verhaltensmuster verfällt und versucht, aus Düsseldorf in die Metropole Ruhr hineinzuregieren. Das war noch nie zielführend. Allerdings muss die Region sich sehr viel stärker als bisher selber organisieren.

Im Namen der 23 Mitglieder der RVR-Fraktion wünsche ich dem Parteitag einen guten Verlauf.

Ihr

Roland Mitschke

Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion im RVR

# Der (geheime) Städtebund

Ein Gastbeitrag von Roland Mitschke auf [www.ruhrbarone.de](http://www.ruhrbarone.de)

## Vorstellungen des Gerhard Langemeyer (SPD)

Der Dortmunder Ex-OB Gerhard Langemeyer (SPD) galt nie als Freund der regionalen Zusammenarbeit an der Ruhr. Für seine Stadt „und für sich“ sah er eine Führungsrolle in Westfalen. Dabei störte es ihn wenig, dass dies außerhalb seiner Stadt kaum Beifall fand. Die starke Position Münsters ist hier so gut wie unumstritten. Dass er formal der Kommunalaufsicht des Arnberger Regierungspräsidenten unterstand, war nur ein Schönheitsfehler – zumindest solange diese ebenfalls das SPD-Parteibuch in der Tasche hatten. Ihnen konnte er – übrigens wie andere SPD-Oberbürgermeister auch – sagen, was sie zu tun und zu lassen hatten. Dies änderte sich erst mit dem CDU-Mann Helmut Diegel in Arnberg. Für Langemeyer nahezu unerträglich, sich aus Arnberg sagen lassen zu müssen, was bei knappem Geld in der Stadt gemacht werden kann und was nicht.

## Rollenverständnis des Regionaldirektors Heinz-Dieter Klink (SPD)

Diese „Fremdherrschaft“ noch zu ergänzen mit einem starken Regionalverband Ruhr (RVR) mit Sitz in Essen war für den machtbewussten Oberbürgermeister eine Horrorgeschichte. In dem von ihm aufgrund des starken Drucks der Opposition in Düsseldorf nicht verhinderbarem neuen RVR-Gesetz hatte er es doch bei der rot-grünen Landesregierung geschafft, den Oberbürgermeistern und Landräten im neu strukturierten RVR eine stark privilegierte Stellung zu verschaffen. Es gab einen nicht öffentlich tagenden Vorstand aus Oberbürgermeistern, Landräten und den Fraktionsvorsitzenden der Verbandsversammlung. Dieser kontrollierte die Verwaltung, traf wichtige Personalentscheidungen und nichts kam in die Ausschüsse und die Verbandsversammlung, was diese Runde nicht vorher freigegeben hatte. Insofern war es aus Langemeyers Sicht konsequent, sich selbst an die Spitze dieses „Vorstandes“ zu setzen und mit dem braven Heinz-Dieter Klink (SPD) einen RVR-Verwaltungschef zu installieren, der unverdächtig war, eigene Ambitionen zu entwickeln und Langemeyers treuester Vasall – viele sagen auch Marionette – wurde. Für die Amtszeit dieses Regionaldirektors – bis 2011 – war durch diese Personalentscheidung abgesichert, dass Konflikte zwischen regionalen und lokalen Interessen nicht auftreten konnten, da ja kein Amtsträger da war, der die regionalen Interessen vertrat.

### RVR-Vorstand war nicht verfassungsgemäß

Die CDU-Fraktion im RVR ist gegen dieses Konstrukt von Anfang an Sturm gelaufen. Besonderer Kritikpunkt, der später auch gutachterlich untermauert wurde, war die fehlende demokratische Legitimation des Vorstandes. Oberstes Organ des Verbandes war und ist die Verbandsversammlung. Ihr gehören die von den Räten und Kreistagen gewählten Vertreter der Kreise und kreisfreien Städte nach dem Verhältniswahlssystem sowie gleichberechtigt mit Sitz und Stimme die Hauptverwaltungsbeamten der Mitgliedskommunen an, also die Oberbürgermeister und Landräte, die bei der Sitzverteilung ihren Fraktionen angerechnet werden. Nach allgemeinen demokratischen Spielregeln müssen sich in allen zu bildenden Gremien die Mehrheitsverhältnisse in der Verbandsversammlung entsprechend den Ergebnissen der Kommunalwahl widerspiegeln. Das war im RVR-Vorstand offensichtlich nicht der Fall und verfassungsrechtlich somit nicht vertretbar. Folglich änderte die Regierung Rüttgers das RVR-Gesetz, schaffte den Vorstand ab und übertrug dessen Kompetenzen dem von der Verbandsversammlung nach üblichen Regelungen gebildeten Verbandsausschuss. Für den Dortmunder Oberbürgermeister war diese Änderung mehr als Majestätsbeleidigung, ja Kriegserklärung.

### Demokratiedefizit eines Städtebunds

Im Februar 2008 legte Langemeyer in einer Konferenz der Oberbürgermeister und Landräte ein Papier zu einem **„Städtebund Ruhr für eine neue Kultur der Kooperation in der Metropole Ruhr gegen neue Bürokratie“** vor. Strategie war, den RVR mit seinen parlamentarischen Gremien durch Vereinbarungen der Stadtoberhäupter zu unterlaufen, nicht Zusammenarbeit der ganzen Region sondern Absprachen von Fall zu Fall in beliebiger Konstellation – natürlich ohne „lange Entscheidungswege und ohne aufwendige Gremien“, sprich: ohne parlamentarische und demokratisch legitimierte Kontrolle.

Die CDU ist seinerzeit als erste politische Kraft für die Direktwahl der Oberbürgermeister eingetreten. Wir wollten starke Oberbürgermeister an der Spitze der Städte, die ihre Stadt nicht nur repräsentieren, sondern als Chefs der Verwaltung mit diesem Apparat politische Beschlüsse in ihrer Stadt schnell und effizient vorbereiten und ausführen. Oberbürgermeister sind gewählt zur Wahrnehmung der Interessen ihrer Stadt. Hinter dieser Aufgabenstellung muss alles andere zurückstehen. Da aber die Sichtweise einer Stadt nicht automatisch regionales Interesse in der Metropole Ruhr ist, bedarf die Entscheidung über eine regionale Positionierung einer Entscheidungsstruktur, aus der sich eine demokratische Legitimation ergibt. Mehrheitsentscheidungen sind nicht durchsetzbar, wenn jeder Partner für sich ein Vetorecht reklamieren kann. Konsens auf

Basis des kleinsten gemeinsamen Nenners wird den Problemen der Region mit 53 Kommunen nicht gerecht. – CDU und Grüne bspw. forderten in ihren Aussagen vor der letzten Landtagswahl die Direktwahl des sogenannten Ruhrparlaments.

Zur Beschlussfassung über das Langemeyer-Papier ist es nicht gekommen. Die einsetzende öffentliche Diskussion – versehentlich war das Papier bei der Presse gelandet – bewirkte eine Resolution in der RVR-Verbandsversammlung:

Der öffentliche Druck führte zu einer einstimmigen Beschlussfassung – bei einer Stimmenthaltung: Gerhard Langemeyer.

Mit der Rückübertragung der Kompetenz für die Regionalplanung in 2009 auf den RVR durch den Landesgesetzgeber war ein altes Ziel erreicht: Für die ganze Region sollte

### Städtebund : Absage vom Ruhrparlament

#### **Der RVR gestaltet, plant und baut die Metropole Ruhr:**

[...] Wichtigste Klammer und Bündelungsinstanz für die gemeinsamen Interessen und Aufgaben der Metropole Ruhr ist der Regionalverband Ruhr. Er trägt dafür Sorge, dass die Interessen der Großstädte im Kernruhrgebiet ebenso Berücksichtigung finden wie die Interessen des Ballungsrandes. Ein loser Städteverbund kann dieser Aufgabe nicht gerecht werden und würde letztlich auf eine Dominanz der wenigen Großen hinauslaufen. [...] Wegen des hohen Konsensbedarfes bei Entscheidungen für die Region und die sich daraus ergebenden finanziellen Verpflichtungen hat sich die parlamentarische Verfasstheit des Regionalverbandes bewährt. [...]

wieder in der Region aus einer Hand geplant werden. Hier waren es die Planungsdezernenten einiger Großstädte, die offensichtlich mit Unterstützung ihrer Oberbürgermeister, dies verhindern wollten. Bochum, Bottrop, Essen, Gelsenkirchen, Herne und Mülheim hatten einige Jahre zuvor im Rahmen eines Modellprojektes eine Planungsgemeinschaft für einen „Regionalen Flächennutzungsplan“ – RFNP – gebildet, die als Städtereion Ruhr 2030 auch weitere Aktivitäten parallel zum RVR entfaltet. Diese zunächst begrüßenswerte Initiative sollte nun aufgehen in einem neuen Regionalplan für die ganze Region. Die beteiligten Stadtbauräte haben nichts unversucht gelassen, dies zu verhindern. Stärkstes Argument: Mangelnde Kompetenz in der RVR-Verwaltung. Natürlich haben sie nicht darauf hingewiesen, dass ihre Chefs, die Oberbürgermeister im ehemaligen RVR-Vorstand, die Führungsebene der RVR-Verwaltung installiert hatten.

### OB-Runde gegen Nachfolgeregelung für Ruhr.2010

Das Kulturhauptstadtprojekt, initiiert mit dem Bewerbungsverfahren 2003/2004 mit CDU-Mehrheit in der Verbandsversammlung, war von Beginn an auf Nachhaltigkeit angelegt. Es sollte nicht nur ein Strohfeuer werden. Wenn also regionale Kulturarbeit über 2010 hinaus fortgeführt werden sollte, musste auch Geld bereitgestellt werden. In der jetzt ohne gesetzliche Funktion weiterhin tagenden Runde der Oberbürgermeister und Landräte, die sich vor den RVR-Gremien mit diesen Fragen beschäftigte, hatten die Bedenkenträger die Oberhand. Nachdem das Land dann Unterstützung signalisierte, bröckelte der Widerstand. Allerdings wurde weiterhin eine Steuerungsrolle beim RVR in Frage gestellt. Verhandelt wurde zwischen den Bedenkenträgern und der neuen Landesregierung, nicht mit den Gremien des RVR. Initiative und positive Begleitung sieht anders aus. Fast ein Jahr nach dem Kulturhauptstadtjahr ist über die Folgeaktivitäten immer noch nicht entschieden.

### Der Städtebund wird gelebt

RVR-Regionaldirektor Heinz-Dieter Klink war sich stets bewusst, wem er sein Amt zu verdanken hatte. Alle wesentlichen Projekte z. B. auch Umweltzone Ruhr, Masterplan Bildung und Masterplan Sport gingen erst in Beratungen der Runde der Oberbürgermeister und Landräte, bevor RVR-Ausschüsse und die Verbandsversammlung informiert wurden. Auch wenn er selber nicht immer eingeladen war, so arbeitete die Verwaltung des RVR dem jetzt informellen Gremium zu. Dass dies den RVR noch weiter schwächte, war für Klink mit seiner unübertroffenen Leidenschaft kein Problem. Diese Arbeits- und Entscheidungsstrukturen ließen den nicht beschlossenen Städtebund der Oberbürgermeister und ihrer Verwaltungen in den letzten Jahren leben. Das Exekutivkomitee der Oberbürgermeister und Landräte der Metropole Ruhr tagte bisher einmal monatlich an einem Donnerstagmorgen hinter verschlossenen Türen, formalisiert vorbereitet von den Büroleitern. Impulse für die Region sind aus diesen Runden nicht bekannt geworden.

Seit dem 1. August 2011 ist Karola Geiß-Netthöfel neue Regionaldirektorin. Die Akzeptanz auf Augenhöhe muss sie sich bei den Oberbürgermeistern erarbeiten. Sie hat es in der Hand, die Dinge zu ändern. Wenn sie dies angeht, hat sie sicherlich die volle Unterstützung der CDU-Fraktion im RVR. Wir sind gespannt. Ein Städtebund von Verwaltungschefs und Dezernenten reicht jedenfalls nicht, wenn sich die Metropole Ruhr zu einer echten Metropole entwickeln soll.

# Flughafen Dortmund

## Alleingang des RVR-Planungschefs

Der neue RVR-Planungschef macht sich zum Handlanger der Dortmunder Grünen. Verwundert zeigt sich Thomas Pisula (CDU) über die mit den Gremien des RVR un-abgestimmte Stellungnahme des RVR-Planungsleiters Martin Tönnes (Grüne), der sich gegen den Antrag des Flughafens Dortmund zur Verlängerung der Betriebszeiten ausgesprochen hat.

## Stellungnahme ohne Beteiligung der Gremien

Thomas Pisula, der im Ruhrparlament stellvertretender Vorsitzender des Planungsausschusses ist, kritisiert, dass der Planungsausschuss des RVR vorab nicht über die negative Stellungnahme in Kenntnis gesetzt worden war. „Ich hätte erwartet, dass der RVR dem Regierungspräsidium Münster als zuständige Genehmigungsbehörde eine politisch abgestimmte Stellungnahme des RVR zuleitet“, so Pisula.

Die Stellungnahme des grünen Planungsdezernenten Martin Tönnes sei politisch motiviert. „Schon als grüner Ratsherr in Dortmund hat sich Tönnes vehement gegen jede Veränderungen am Dortmunder Flughafen eingesetzt. Von daher besteht aus unserer Sicht erheblicher Zweifel, dass die Stellungnahme des RVR sich ausschließlich an den Fakten orientiert. Tönnes macht sich hier zum Handlanger der Dortmunder Grünen“, so Pisula.

Die CDU-Fraktion Dortmund geht davon aus, dass die Genehmigungsbehörde in Münster die politische Tragweite der RVR-Stellungnahme sachgerecht auswertet und in ihrer Entscheidungsfindung angemessen berücksichtigt.

Pisula aus Dortmunder Sicht abschließend: „Eine vorsichtige Anpassung der Betriebszeiten am Dortmunder Flughafen eröffnet dem Airport neue Chancen, ohne die Anwohnerinnen und Anwohner über Gebühr zu belasten. Die Verlängerung der Start- und Landebahn steht nicht zur Disposition“.



# Weniger für die Metropole Ruhr Enttäuschung in den Städten

## Bund übernimmt Grundsicherung im Alter

In der von Rot-Grün in NRW geweckten Erwartungshaltung, Entscheidendes zur Verbesserung der kommunalen Haushaltssituation zu tun, sehen sich nun die Kommunalpolitiker quer durchs ganze Land enttäuscht. In der letzten Sitzung des CDU-Bezirksvorstandes Ruhr machte Roland Mitschke, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Regionalverband Ruhr (RVR) deutlich, dass mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2011 die Landesregierung den 53 RVR-Städten sogar 1,4 % (41,2 Mio. €) weniger gebe als im Vorjahr. Die Übernahme der Finanzierung der Grundsicherung im Alter und damit die Übernahme der Verantwortung für Altersarmut als gesamtgesellschaftliche Aufgabe durch den Bund ist bislang der einzige wesentliche Beitrag zur Sanierung der landauf, landab überstrapazierten Haushalte. Landesinnenminister Ralf Jäger beschränkt sich auf Forderungen Richtung Berlin, lässt dabei aber keinerlei Bereitschaft erkennen, auch einen zusätzlichen Beitrag des Landes für die Kommunen bereit zu stellen.

## Umverteilung zwischen den Kommunen

Wenn dies schon nicht erfolgt, müssen die Städte wenigstens eine gerechte Verteilung des Anteils der Kommunen am Steueraufkommen durch das Land erwarten. Mit der Umsetzung einiger erster Empfehlungen des ifo-Gutachtens zur „Analyse und Weiterentwicklung des Kommunalen Finanzausgleichs in Nordrhein-Westfalen“ aus dem Jahr 2008 im Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2011 hat die rot-grüne Landesregierung einen ersten Schritt versucht, der im Ergebnis jedoch mehr als unbefriedigend ist. Ein Vergleich der Kommunen untereinander belegt, dass das GFG 2011 zu einer erheblichen Umverteilung unter den Kommunen der Region führt, die in diesem Umfang nicht auf weitere Parameter der Berechnung der Schlüsselzuweisung zurückzuführen ist, manche Veränderungen sind auch überraschend (vgl. Infografik mit Zahlen der 1. Modellrechnung des Innenministeriums). Während Oberhausen beispielsweise 22,5 Mio. € (+ 19,1 %) zusätzlich erhält, Hamm 11,0 Mio. € (+ 9,9 %), verliert Bochum 39,5 Mio. € (- 16,4 %). Die überwiegende Zahl der Gemeinden im Kreis Wesel muss empfindliche Verluste verkraften, erhebliche Gewinne ergeben sich für Rheinberg (+ 113,2 %), Voerde (+ 23,5 %) und Dinslaken (+ 6,1 %).

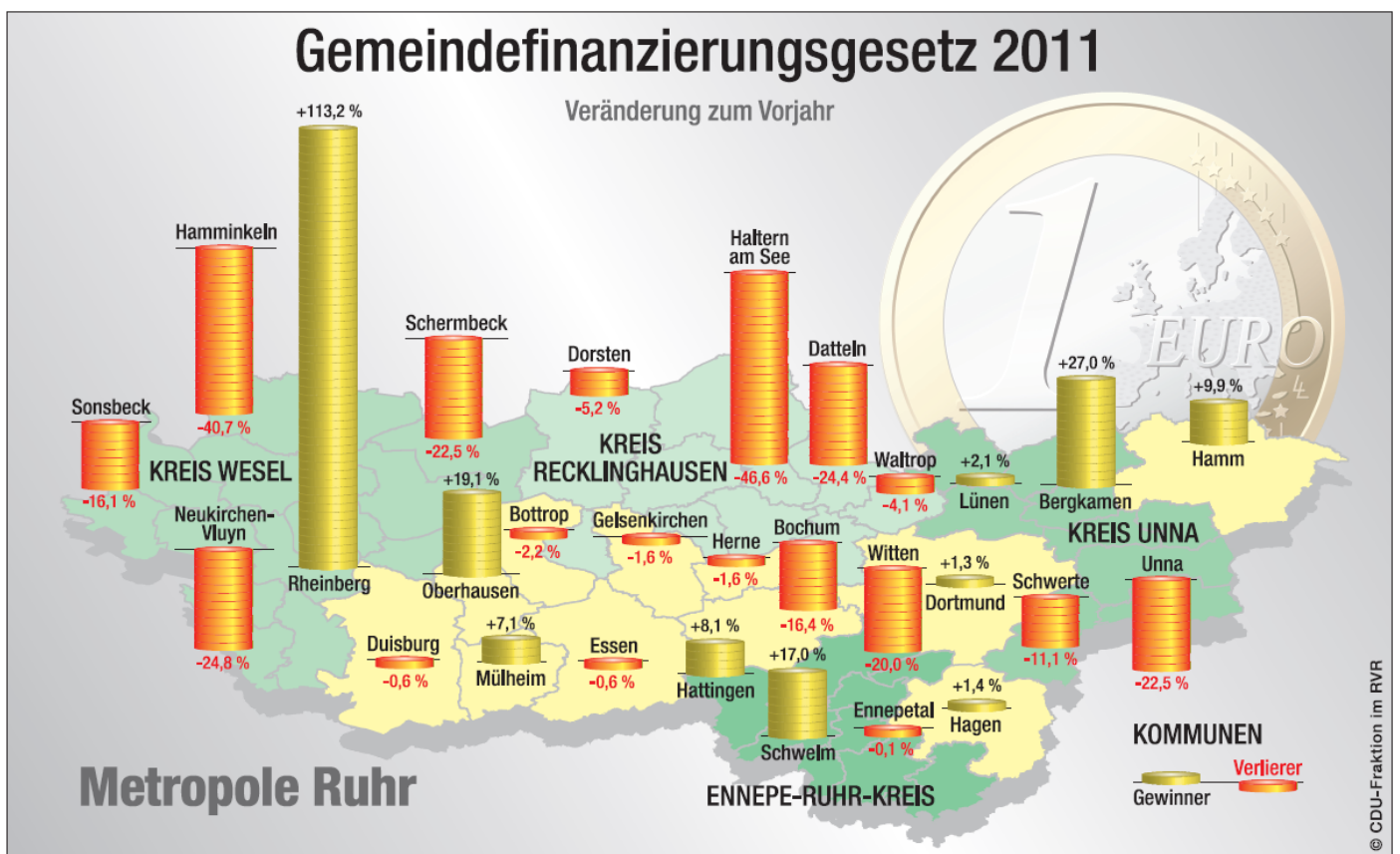


**Soziallasten berücksichtigen**

Veränderungen zur Verteilung der Soziallasten ergaben sich im Rahmen des GFG 2011 zwangsläufig. Mit Einverständnis der Fraktionen im Landtag erfolgte der kommunale Finanzausgleich in den letzten Jahren anhand statistischer Daten aus dem Jahre 1999. Allein in NRW sind die Sozialausgaben aller Kommunen - allerdings mit örtlich sehr unterschiedlichen Wirkungen - der letzten 10 Jahren um die Hälfte auf fast 13 Mrd. € gestiegen. Auch dies hat einen erheblichen Einfluss auf die Verteilung wie auch die Gewichtung nach der Zahl der Bedarfsgemeinschaften, also der Empfänger von Sozialleistungen, die von der rot-grünen Koalition jedoch nicht in dem Umfang umgesetzt worden ist, wie das ifo-Gutachten gefordert hatte. Dies trifft insbesondere den Ballungsraum. Die Ruhr-Städte - so Roland Mitschke - müssen erwarten, dass diese sich aus der Bevölkerungs- und Sozialstruktur ergebenden Lasten anerkannt werden.

**Nein zum Flächenansatz**

Die von interessierter Seite erhobene Forderung nach Einführung eines Flächenansatzes ins GFG, um die vermeintlich „verheerenden“ Wirkungen der Anpassung der zugrundeliegenden statistischen Daten zu kompensieren, muss abgelehnt werden. Sie verkennt die Anpassung dieser Grunddaten, die jetzt abrupt erfolgt, da sie für einige Jahre ausgesetzt worden war, in denen über Änderungen beraten und auch das ifo-



Gutachten erstellt wurde. Die jetzt erfolgte Anpassung der Grunddaten zieht vorgenannte Steigerung der Sozialausgaben nach und trägt dem Umstand Rechnung, dass die größeren Städte überproportional größere Soziallasten tragen müssen - bedingt durch höhere Fallzahlen und Kosten, zum Beispiel für Mieten. Die Anpassung ist somit keine einseitige Begünstigung, sondern eine überfällige Korrektur. Den bevölkerungsreichsten Kommunen wurden in den letzten Jahren notwendige Finanzmittel vorenthalten, was die Schuldenkrise in der Metropole Ruhr verstärkte.

Ein Flächenansatz im GFG würde die allen Kommunen zur Verfügung stehenden Mittel nicht wie erforderlich erhöhen, sondern zu einer fragwürdigen und problematischen Umverteilung führen. Die Befürworter eines Flächenansatzes übersehen dabei, dass die Kommunen im „ländlichen Raum“ bereits besonders bedacht werden. Die allgemeine Investitionspauschale wird nach Gebietsfläche verteilt, Gemeinden mit weniger als 25.000 Einwohnern werden in gleichem Umfang vom GFG berücksichtigt wie Gemeinden mit eben dieser Größe. Von den 66 Kommunen des Münsterlandes sind dies z.B. 50 (75 %) - trotz fehlender zentralörtlicher Funktion. In der Metropole Ruhr sind dies 9 von 53. Von einer Nichtberücksichtigung der Fläche, einer Benachteiligung des „ländlichen Raumes“ und kleiner Gemeinden kann daher keine Rede sein.

Die Kommunen an der Ruhr tun gut daran, ihre Forderung nach einer weiteren Reform des GFG auch gegenüber der neuen Minderheitsregierung massiv zu vertreten, u. a. im Rahmen des Aktionsbündnis „Raus aus den Schulden“, an dem sich bislang alle Landräte und Oberbürgermeister der Region parteiübergreifend beteiligt haben. Innerhalb der CDU warnt Mitschke davor, den Ballungsraum gegen den ländlichen Raum auszuspielen. Die Verbundmasse - also der zu verteilende Kuchen - muss größer werden. Hier bedarf es einer echten „Kraft“-Anstrengung.

**Verbundmasse ist  
nicht ausreichend**

# Personalien beim RVR

## Rot-Grün im RVR handelte Personalpaket aus

In den letzten Monaten hat die rot-grüne Koalition in der Verbandsversammlung des Regionalverbands Ruhr die von langer Hand vorbereitete und untereinander ausgehandelten Veränderungen auf der Führungsebene vollzogen. Neue Regionaldirektorin ist seit 1. August 2011 Karola Geiß-Netthöfel (SPD) aus Lünen, die bisher Regierungsvizepräsidentin in Arnsberg war. Seit 1. Juni 2011 ist bereits Martin Tönnies (Grüne) als neuer Bereichsleiter Planung im Amt. Die Wahl des bisherigen Dortmunder Ratsmitglieds und Vorsitzenden der Bündnisgrünen-Fraktion im Ruhrparlament war Teil eines Pakets von SPD und Grünen im RVR, das auch die Besetzung des Postens des Geschäftsführers der Wirtschaftsförderungsgesellschaft metropol Ruhr GmbH mit dem ehemaligen JuSo-Bundesvorsitzenden und Herausgeber der "Zeitschrift für sozialistische politik und wirtschaft" (spw), Thomas Westphal (SPD), umfasst.

## Fraktionsvorsitzender der Grünen ist jetzt Planungschef

Die neue Regionaldirektorin unterliegt noch der 100-Tage-Schonfrist seit Amtsantritt. Es bleibt zu hoffen, dass sie ihre Ziele hinsichtlich Kommunikation, gleichberechtigter Behandlung aller Fraktionen im Ruhrparlament und transparenter



**Fragwürdig:  
RVR-Planungschef  
setzt politische Arbeit  
in Dortmund fort**

**Politische Gremien  
werden nicht beteiligt**

Entscheidungsprozesse umsetzen wird. Das Personalgeschacher im Vorfeld ihrer Wahl belegt, wie sehr dies nötig ist.

Anders sieht es beim neuen Bereichsleiter Planung aus. Die CDU-Fraktion wird die anstehende Sitzung des Planungsausschusses des RVR zum Anlass nehmen, den Stand der Vorarbeiten zum neuen Regionalplan Ruhr, so zum Beispiel dem Masterplan Raum - und Siedlungsstruktur, abzufragen. Die Erstellung eines neuen und damit ersten Regionalplans seit 1967 für das gesamte Ruhrgebiet ist vordringliches Arbeitsgebiet der Planungsabteilung des RVR. Leider hat sich in den letzten Monaten gezeigt, dass Bereichsleiter Martin Tönnes sich stark um Dortmunder Angelegenheiten kümmert. Er setzt offenbar seine Arbeit als Dortmunder Ratsmitglied vor, wenn er sich um politische Positionierungen zu Dortmunder Gewerbegebieten und zum Ausbau des Flughafens bzw. zu Nachtflugzeiten bemüht. All diese Positionierungen erfolgen zudem ohne Beteiligung der politischen Gremien des RVR. Als Grüner Fraktionsvorsitzender hätte Martin Tönnes das sicherlich noch kritisiert.

Zur Arbeit von Thomas Westphal (SPD) als Geschäftsführer der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des RVR lässt sich bisher nicht viel sagen. Im Zusammenhang mit der Einrichtung einer ruhrgebietsweiten Umweltzone und dem Lückenschluss der A52 setzte er sich für Projekte wie car-to-go und eine Stärkung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ein. Vielleicht ist er damit befasst, die Gesellschaft zu konsolidieren.

**Jahrhunderthalle im Westpark Bochum, Spielort der Ruhrtriennale (Kultur Ruhr GmbH)**



# Nachfolge Ruhr.2010

## Fraktionsvorsitzender der Grünen ist jetzt Planungschef

Noch immer liegt keine Entscheidung über Nachfolgeregelungen für das Kulturhauptstadtjahr Ruhr.2010 vor und zum seit zwei Jahren vorliegenden Entwurfs eines Masterplans Kulturmetropole Ruhr. An den Diskussionen zwischen RVR-Verwaltung, Oberbürgermeistern und Landräten sowie der rot-grünen Landesregierung wurden die Gremien des RVR bisher nur minimal beteiligt. (Dazu mehr in „Der (geheime) Städtebund“ auf Seite 3) Zehn Monate nach Ende des Kulturhauptstadtjahres, zur Verbandsversammlung am 10. Oktober 2011 liegt nun eine Beschlussvorlage vor, die einen je zur Hälfte vom Regionalverband Ruhr und vom Land erbrachten Umfang von 4,8 Mio. € vorsieht:

Der **RVR** soll **200 T€** erhalten, um Steuerungsaufgaben zu erbringen. Ein aus Sicht der CDU viel zu geringer Betrag, der nur einen Alibiposten in Form einer Stabsstelle parallel zum bereits existierenden Referat „Sport und Kultur“ finanziert.

## 3,1 Mio. € für die Kultur Ruhr GmbH

Mit **3.100 T€** soll der größte Posten an die **Kultur Ruhr GmbH** gehen, an der Land und RVR hälftig beteiligt sind. Die bisherigen Säulen Chorwerk Ruhr, Ruhrtriennale und Tanzlandschaft PACT auf der Zeche Zollverein sollen um eine vierte Säule „Künste im urbanen Raum“ ergänzt werden. Aus dieser vierten Säule soll auch das Projekt Emscherkunst im dreijährigen Rhythmus fortgesetzt werden, zu dessen Finanzierung weitere Partner, vor allem die Emschergenossenschaft, und Fördertöpfe des Landes herangezogen werden sollen.

## Emscherkunst wird fortgesetzt

## Extraschicht und Day of Song

Die **Ruhr Tourismus GmbH (RTG)** wird **400 T€** für das Management der aus der Kulturhauptstadt hervorgegangenen kulturellen Dachmarke erhalten. Hier sollen auch themengemäße Förderprojekte unterstützt werden. **Weitere 700 T€** erhält die RTG für ihre bekannte Veranstaltung Extraschicht — „Die Nacht der Industriekultur“ — und den von der Ruhr.2010 GmbH zu übernehmenden „Day of Song“.

## Kreativwirtschaft

Die **Wirtschaftsförderung metropol Ruhr GmbH** und **ECCE**, das rechtlich bisher nicht selbständige europäische Zentrum für Kreativwirtschaft im Dortmunder U, erhalten für eben diese **400 T€**.

# Kraftwerk Datteln IV

## **Rechtsgutachten: Kraftwerk am Standort ist genehmigungsfähig**

Der Weiterbau des neuen und effizienteren Steinkohlekraftwerks Datteln IV ist genehmigungsfähig. Zu diesem Schluss kommt ein zusätzlich vom RVR bestelltes Gutachten des Münsteraner Rechtswissenschaftlers Dr. Martin Kment. Er bestätigte damit die Rechtsauffassung des bisherigen Bereichsleiters Dr. Thomas Rommelspacher (Grüne). Ein Zielabweichungsverfahren im Rahmen des Landesentwicklungsplans (LEP) sei laut Kment zudem nicht zwingend erforderlich. Er räte jedoch dazu, es sicherheitshalber bei der Landesregierung zu beantragen.

## **Grüne werfen Grünem Rechtsbeugung vor**

Der Gutachter bestätigte damit, dass die der bisherige Planungsleiter mit grünem Parteibuch richtig lag. Diese Einschätzung hat mit dazu beigetragen, dass der bisherige Fraktionsvorsitzende der Grünen und bis dahin Dortmunder Ratsmitglied Martin Tönnies (Grünen) seine Karriere als neuer grüner Bereichsleiter Planung beim RVR fortsetzen kann. Allerdings muss er nun inhaltlich vertreten, wofür seine Fraktion unter seiner Führung dem alten Planungsleiter mit dem gleichen Parteibuch noch Rechtsbeugung vorgeworfen hatte. Die im Vergleich zu seiner bisherigen Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter der grünen Landtagsfraktion sicherlich bessere Dotierung wird ihm helfen, diesen Kehrtwende zu verschmerzen.

## **Rot-Grüne Koalition ohne Mehrheit im Planungsausschuss**

Die Schmerzen musste offenbar die grüne Fraktion im Ruhrparlament unter der neuen Führung von Sabine von der Beck, einer auch für regionale Energieunternehmen tätige PR-Fachfrau, verkraften. Die Grünen wetterten über das Gutachten und den Gutachter Dr. Martin Kment. Das ist um so erstaunlicher, als dass der Gutachter vollkommen unüblich nicht durch die Verwaltung, sondern durch die rot-grüne Mehrheit im Planungsausschuss bestimmt worden war. Dabei war sogar der ursprüngliche Vorschlag der Fachverwaltung - unter grüner Leitung - abgelehnt worden. Offenbar hatten die Grünen von dem von ihnen bestellten Gutachter ein anderes Ergebnis erwartet. Im Planungsausschuss des RVR stimmten sie dem Fortgang der Planungen zunächst nicht zu, so dass die SPD auf die Stimmen von CDU und FDP angewiesen war. In der Verbandsversammlung änderte sich dies dann, was zu



erheblicher Kritik bei den Bürgerinitiativen und der örtlichen grünen Basis führte. Diese fühlen sich verraten, da ihnen im Wahlkampf anderes versprochen worden war.

### 7 Monate verloren

Konsequenz der Posse um ein weiteres Rechtsgutachten ist eine Verzögerung von weiteren sieben Monaten. Im Dezember 2010 lag bereits der Erarbeitungsbeschluss vor, der dann erst im Juni 2011 gefasst werden konnte. Auch das ist eine Taktik.

### Wie geht's weiter?

Zurzeit läuft das Anhörungsverfahren zur Aufstellung der Änderung am geltenden Regionalplan. Bisher sind zahlreiche Eingaben von Bürgern und Institutionen eingegangen, die der Regionalverband Ruhr als Fachbehörde bewerten wird. Am Ende stehen ggf. Änderungen, bevor der endgültige Aufstellungsbeschluss erfolgt. Bis dahin werden noch einige Monate vergehen.



Das Bild zeigt die Besuchergruppe der CDU-Fraktion im RVR vor der Baustelle des Kohlekraftwerks Datteln IV, auf dem Dach des „Treffpunkt Energie Datteln“ zusammen mit Dr. Ingo Luge, Vorstandsvorsitzender der E.ON AG.

v.r.n.l.: Vera Brenzel (E.ON), Udo Bovenkerk (WES), Johannes Brands (MH), Dr. Hans-Dieter Fischer (HA), Werner Wöll (GE), Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert MdB (BO), Günter Bremerich (UN), Roland Mitschke (BO), Thomas Pisula (DO), Ulrich Finke (HER), Wolfgang Michels (MH), Josef Hovenjürgen MdL (RE), Lothar Hegemann (RE), Norbert Schick (E), Thomas Benterbusch (Datteln), Jürgen Böhm (DO). Dr. Ingo Luge (E.ON), Rudolf Sonderkamp (Datteln) und Dirk Schmidt

### CDU-Fraktion vor Ort





Baustelle des Steinkohlekraftwerks Datteln IV , August 2010

**Ökologisch,  
industriepolitisch,  
volkswirtschaftlich  
sinnvoll und wichtig  
für die Metropole  
Ruhr**

Der Ersatzbau für die alte Kraftwerksanlage Datteln I-III liegt genau gegenüber am Ufer des Datteln-Hamm-Kanals . Die dort zu realisierende Kraftwärmekopplung ermöglicht, Energie effizienter und preiswerter bereit zu stellen. Strom soll Datteln IV insbesondere für die Deutsche Bahn AG liefern. Der um 20 % gegenüber den Altkraftwerken gesteigerte Wirkungsgrad wird jährlich 1,7 Millionen Tonnen Kohlenstoffdioxid vermeiden, was 6 % des Einsparziels für ganz Nordrhein-Westfalen ausmacht. Gleichzeitig werden 100.000 Wohneinheiten direkt oder indirekt über Vermarkter in Gladbeck, Gelsenkirchen, Marl, Herten, Recklinghausen, Datteln, Castrop-Rauxel, Herne, Bochum und Dortmund mit Fernwärme versorgt. Energie- und umweltpolitisch, gerade unter dem Aspekt des Klimaschutzes, stellt der Bau von Datteln IV einen großen Fortschritt dar. Der Bau hat nur ein Problem: Die Grünen. Sie lehnen aus ideologischen Gründen den Bau von Kohlekraftwerken generell ab, so auch Datteln IV.

# Bundesautobahn A 52

„Die A 52 ist ein regional bedeutsames Verkehrsprojekt für die Metropole Ruhr“, erklärt Roland Mitschke für die CDU-Fraktion im Regionalverband Ruhr (RVR). Der Fraktionsvorsitzende der CDU im Ruhrparlament verweist darauf, dass die A 52 eine wichtige, fehlende Nord-Süd-Verbindung für die Region ist und zu einem Paket von Maßnahmen gehört: „Der Bau der A 52 ist Teil einer im breiten politischen Konsens beschlossenen Gesamtlösung für die Region. Mit dem Bau sind Beschlüsse zu den Bundesautobahnen A 44 und A 40 verbunden. Im Rahmen des Paketes erfolgen derzeit z. B. die Ausbaurbeiten an der Strecke Essen-Kray, Gelsenkirchen Süd, Wattenscheid und Bochum-Stahlhausen. Ein Stopp der Planung der A 52 würde bestehende Vereinbarungen und Konzepte über den Haufen werfen.“

## Zustimmung von CDU, FDP und Teilen der SPD

Der Ausbau der Bundesautobahn A 52 im Essener Norden als Projekt enormer regionalpolitischer Bedeutung hat durch die Verbandsversammlung des RVR — dem sogenannten Ruhrparlament — eine wichtige politische Unterstützung erfahren. Auf Antrag der CDU-Fraktion im RVR beschloss die Verbandsversammlung am 04. April 2011 mit den Stimmen von CDU, FDP und Teilen der SPD, darunter der Essener Oberbürgermeister Reinhard Paß (SPD), eine Resolution für die Fortführung der Planungen (siehe Umseite).

## Grüner Staatssekretär will Planung stoppen

Anlass für die Resolution waren Äußerungen des NRW Staatssekretärs Horst Becker (Grüne) und Essener Sozialdemokraten im Februar 2011, die Planungen zu stoppen. „Wenn man so will, hat das Ruhrparlament an diesem Montag JA52 gesagt“ erklärt Roland Mitschke, Vorsitzender der CDU-Fraktion im RVR und verweist damit auf die gleichnamige Aktion der Essener IHK (siehe [www.ja52.de](http://www.ja52.de)). In der Begründung des Resolutionsantrags hatte der stellv. Vorsitzende des „Ruhrparlaments“, Lothar Hegemann (CDU) dargelegt, dass der Bau der A 52 Teil einer Lösung der regionalen Verkehrsprobleme sei. Die Weiterführung der A 52 sei im Interesse der Essener Bürger, aber auch der Bürger der gesamten Region.

# Resolutionen

Als einzige politische Klammer des Ruhrgebiets verabschiedete die Verbandsversammlung des Regionalverbands Ruhr im ersten Halbjahr 2011 folgende beiden Resolutionen.

20. Juni 2011

## **A 52 unverzichtbar**

Die A 52 ist ein regional bedeutsames Verkehrsprojekt für die Metropole Ruhr.

Sie schafft eine wichtige Nord-Süd-Verbindung, in der Mitte der Metropole Ruhr durch Lückenschluss, und ist Teil einer Gesamtlösung im Verbund mit Maßnahmen und Beschlüssen zu den Bundesautobahnen A 40 und

A 44, die im breiten politischen Konsens beschlossen ist. Daher erwartet die Verbandsversammlung des RVR die Fortsetzung der Planungen und den zügigen Beginn der Planfeststellungsverfahren als Voraussetzung für Realisierung und Finanzierung.

04. April 2011

## **Dekadenprojekt**

Die Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ruhr (RVR) beschließt, das von der Landesregierung angekündigte neue „Dekadenprojekt“ für die Metropole Ruhr aufzunehmen und durchzuführen. Dieses neue Dekadenprojekt ist als regionales Leitprojekt mit internationaler Strahlkraft das richtige Instrument, um die gesellschaftlich-soziale Fortentwicklung der Region zukunftsorientiert zu gestalten. Die Verbandsversammlung fordert den RVR auf, in Zusammenarbeit mit der Emschergenossenschaft und dem Initiativkreis Ruhr ein detailliertes Konzept für das neue Dekadenprojekt auszuarbeiten und mit der Landesregierung sowie den beteiligten Projektpartnern abzustimmen.

Auf dem Weg dahin bereitet der RVR in enger Abstimmung mit den Kommunen unter Berücksichtigung der Projekte Emscher-Umbau sowie InnovationCity die Bewerbung als Europäische Umwelthauptstadt (European Green City) – nach Möglichkeit bereits für die Jahre 2015 oder 2016 – vor.

Das Konzept des Dekadenprojektes wird abschließend der Verbandsversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt.

# Europäische Umwelthauptstadt

Eine Bewerbung als Europäische Umwelthauptstadt kann sinnvolle Impulse für die Metropole Ruhr geben“, resümiert Uwe Kutzner (CDU), stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion im Regionalverband Ruhr (RVR). Anlässlich einer Informationsfahrt nach Hamburg hatten CDU-Mitglieder aus dem Ruhrparlament unter anderem die Sonderausstellung der Internationalen Bauausstellung Hamburg (IBA Hamburg) zum Umwelthauptstadtjahr auf der Elbinsel Wilhelmsburg besucht. Weiteres Ziel war der unter der Vorgabe einer nachhaltigen Entwicklung neu entstehende Stadtteil der HafenCity. „Die Städte an der Ruhr unternehmen bereits einiges in den Bereichen regenerative Energien, Umwelt- und Klimaschutz. Ziel einer solchen Bewerbung ist ja auch, noch besser zu werden.“

## CDU-Fraktion initiiert regionale Bewerbung

Auf Anregung der CDU-Fraktion im RVR hatte die Verbandsversammlung des RVR am 20. Juni 2011 beschlossen, eine Bewerbung der Metropole Ruhr für das Jahr 2015 oder 2016 vorzubereiten. Ähnliche Anregungen kamen aus einigen Räten. Bei den Mitgliedskommunen haben die Verwaltungen Bochum, Dortmund und Essen die Führung. Ziel ist nach Möglichkeit eine regionale Bewerbung, die auch die für den Wettbewerb um die InnovationCity entwickelten Projekte aufnehmen soll. Ein derartiges Projekt als Umwelthauptstadt kann auch ein sinnvoller Zwischenschritt sein auf dem Weg zu einem neuen Dekadenprojekt für die Metropole Ruhr, wie es zum Beispiel eine von CDU-Ratsfraktionen geforderte Weltausstellung zu Klima und Energie (Expo 2020) darstellt, für die als Standort das Gelände des Flughafens Essen/Mülheim angeregt worden ist.

In den 1990er lief im Ruhrgebiet die Internationale Bauausstellung (IBA) Emscher-Park, die später zu den vom Land auf den RVR übertragenen Projekten Emscher Landschaftspark und Route der Industriekultur führte. Die 2010er Jahre waren geprägt durch das Kulturhauptstadtprojekt Ruhr.2010. Seit einigen Monaten läuft nun eine Debatte zu einem neuen Dekadenprojekt. Es zeichnet sich ab, dass es ein umweltpolitisch geprägtes Projekt werden wird. Konkret in der Diskussion sind eine



Bewerbung als Europäische Umwelthauptstadt und die Ausrichtung einer Weltausstellung (Expo) für Umwelt und Klimaschutz. In Gesprächen mit Vertretern der Bundespolitik klärt die CDU-Fraktion im RVR derzeit Realisierungschancen ab. Eine Bewerbung als Europäische Umwelthauptstadt könnte zum Erfolg führen, zumal hier auf des Kulturhauptstadtprojektes zurückgegriffen werden kann. Beiden Projekten liegen Programme der Europäischen Union zugrunde. Die CDU-Fraktion im RVR wird sich über die Ausrichtung der Europäische Umwelthauptstadt Hamburg 2011 informieren. Realisierbar wäre eine Bewerbung für 2015. Arbeitsgrundlage können dabei auch die verschiedenen Bewerbungen für „InnovationCity“ sein.



Das Foto zeigt Norbert Schick und Uwe Kutzner (v.l.n.r.) zusammen mit Birgit Stöver (CDU), der umweltpolitischen Sprecherin der CDU-Bürgerschaftsfraktion Hamburg und 1. Parlamentarischen Geschäftsführerin, während eines Rundgangs durch das Weltquartier in Hamburg-Wilhelmsburg. Rechts ist Wolfgang Michels, Vorsitzender der CDU-Ratsfraktion Mülheim an der Ruhr, zu sehen. Im Rahmen des Projektes Weltquartier wird der südliche Teil des sogenannten Reiherstiegviertels aus den 1930er Jahren in Zusammenarbeit mit den ca. 1.700 Bewohnern umgestaltet. Im Hintergrund erkennbar sind isolierende Fassaden, die mit Balkonen vor alte Backsteingebäude gesetzt wurden.

Die Informationsfahrt erfolgte am Wochenende 01./02. Juli 2011

# Themen in der Diskussion

Zwanzig Monate nach der Konstituierung des Ruhrparlaments und der CDU-Fraktion im RVR befindet sich der Verband immer noch in einer Phase der Findung. Das neue Führungspersonals für die Verwaltung hat Rot-Grün inzwischen installiert. Zahlreiche Themen finden sich daher immer noch in einer Diskussionsphase, zum Beispiel die Nachfolge der Projekte des Kulturhauptstadtjahres Ruhr. 2010. Nachfolgend ein nicht abschließender Überblick.

## Revierpark- und Freizeitgesellschaften

### Eigenkapital halbiert

Die Revierpark- und Freizeitgesellschaften sind überwiegend in marodem Zustand und erzielen nicht mehr die Besucherzahlen, die notwendig wären. Die jährliche Verluste drohen weiter zu wachsen. Binnen der letzten fünf Jahre, in denen Rot-Grün der Mut fehlte, Veränderungen einzuleiten, haben die Gesellschaften etwa die Hälfte Ihres Eigenkapitals verzehrt. Bei einigen Einrichtungen sind keine Rücklagen mehr vorhanden, um den altersbedingten Ausfall von Anlagen aufzufangen. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann an der ersten Einrichtung das Schild „Vorrübergehend geschlossen!“ hängen wird. Dieser Zustand wird dann ein permanenteer werden, ist zu befürchten.

### CDU stellt Fragen

Die CDU-Fraktion im RVR hat im ersten Halbjahr eine umfangreiche Anfrage zur Zukunft der Revierpark- und Freizeitgesellschaften vorgelegt, die die Verwaltung derzeit abarbeitet. Im Spätherbst sollen erste Antworten vorliegen und eine erneute Diskussion erfolgen. Seit Jahren liegen dazu bereits mehrere Gutachten vor. Leider wurde bisher nicht gehandelt. Zeit wurde durch den nicht realistischen Traum eines großen regionalen Freizeitkonzerns, in dem alle Einrichtungen hätten aufgehen sollen verplempert. Die Verwaltung verfolgt diesen rot-grünen Beschluss nicht mehr, da sie ihn für nicht realisierbar hält.

## Kiesabbau ist notwendig

Kies wird als Baumaterial benötigt — auch für die Metropole Ruhr. Am Niederrhein, in den Kreisen Wesel und Kleve, hat er die geeignete Größe, um ihn mit Beton zu mischen. Der Kies wird über den Rhein verschifft oder per Lkw abgefahren. Auskiesungen stellen jedoch erhebliche Eingriffe in die Landschaft dar. Insbesondere nach Wegfall der „Berge“, der beim Kohleabbau übrig bleibenden Gesteinsanteile, können ausgekieste Flächen nicht mehr verfüllt werden. Die Wasserflächen entlang des Rheins vervielfachen sich. Weitere Wasserflächen entstehen mit Auswirkungen auf die Landschaft, den Grundwasserspiegel und damit auf das Ökosystem am Niederrhein.

## Kiesabgabe

## Ökologie und Ökonomie vereinen

Die CDU-Fraktion erkennt die Notwendigkeit des Abbaus von Kies. Sie ist aber auch überzeugt, dass hier steuernd eingegriffen werden muss. So unterstützen wir die Überlegungen, eine staatliche oder kommunale Kiesabgabe, z. B. nach dem Modell von Niedersachsen oder Sachsen, einzuführen. Nach den Vorstellungen der CDU soll eine derartige Kiesabgabe zweckgebunden für die Gestaltung ausgekiester Flächen verwendet werden. Die Abgabe soll Marktverzerrungen vermeiden, das Marktgebiet verändern und die im europäischen Vergleich geringe Quote an verbauten Recyclingmaterialien erhöhen helfen.

## Mehr Recyclingmaterial einsetzen

Mit der Übernahme der Regionalplanung durch den RVR gilt es jetzt zu prüfen, ob geeignete Steuermittel zur Verfügung stehen, um Auskiesungen zu lenken und ausgekieste Flächen zu gestalten. Die CDU-Fraktion im RVR beteiligt sich daran.





Die Betuwe-Linie bezeichnet eine Eisenbahnstrecke für den Güterverkehr von Rotterdam bis zur deutsch-niederländischen Grenze. Daran an schließt sich die Strecke Arnheim-Oberhausen, die als Teil einer europäischen Eisenbahnmagistrale ausgebaut werden soll. Aufgrund unzureichender Kapazitäten wird auf deutscher Seite derzeit eine Blockverdichtung vorgenommen. Über technische Maßnahmen wird

### Betuwe-Linie: Wanderausstellung CODE24 und Lärmschutz

dabei die Zugfolge erhöht: Geringere Abstände zwischen den Zügen ermöglichen die Fahrt von mehr Zügen pro Stunden. Die Schattenseite ist jedoch, dass die Schranken an den Bahnübergängen kaum noch hoch gehen und die Lärmbelastung der Anwohner steigt.

#### Arbeit an 3. Gleis und Lärmschutz für Betuwe-Linie

Abhilfe bringt der Bau eines dritten Gleises auf der regionalplanerisch gesicherten Strecke. Für die Anwohner tritt dabei eine wesentliche Entlastung ein, da erst der Bau eines weiteren, neuen Gleises neue Lärmschutzmaßnahmen erforderlich macht. Wie derartige Lärmschutzmaßnahmen aussehen können, hat der RVR an drei Beispielen exemplarisch ermittelt und dafür viel Lob geerntet. Es zeigt sich wieder einmal, dass eine Stärke des Regionalverbands darin besteht, insbesondere kleinere Kommunen dort zu unterstützen, wo diese dauerhaft keine eigenes, kostenintensives Fachpersonal bereithalten können.

Der RVR ist einer der Akteure im Verbund CODE24, einer Kooperation der an der Entwicklung des europäischen Eisenbahnkorridors Rotterdam-Genua beteiligten Akteure. Diese wird vom 12. bis 23. Oktober 2011 das Projekt des Korridors im Weselaner Preußenmuseum (An der Zitadelle 20) ausstellen. Die Wanderausstellung ist mittwochs bis sonntags von 10 bis 17 Uhr geöffnet. Auch die exemplarischen Planungen für eine Umsetzung innerörtlichen Lärmschutzes durch die Fachabteilung des RVR werden dort zu sehen sein.

Die CDU-Fraktion im RVR setzt sich für die Betuwe-Linie und Fortsetzung auf deutsche Seite ein, da dies für das Ruhrgebiet eine Anbindung an die europäische Eisenbahnmagistrale und den Rotterdamer Hafen bedeutet. Die Regionalplanung des RVR befasst sich zudem mit der Planung und dem Ausbau von Straßen und anderen Verkehrsstrecken, wie hier Eisenbahngleisen.

# Klimaschutzgesetz

## **Industriefeindlicher Entwurf liegt vor**

Seit Juni liegt er vor: Der Entwurf eines Klimaschutzgesetzes für Nordrhein-Westfalen, wie er im rot-grünen Koalitionsvertrag angekündigt wurde. Einige Federn hat der Entwurf schon lassen müssen, denn wirtschaftspolitische Kräfte haben im Vorfeld durchgesetzt, dass die Ausgestaltung laut Ziel des Gesetzes wettbewerbsneutral erfolgen solle. Viel Kritik hagelt es seit der Veröffentlichung am vorliegenden Entwurf. Er wird als schädlich für den Industriestandort Nordrhein-Westfalen angesehen.

## **Gesetzgeberische Kompetenz des Landes fehlt**

Grundsätzlich muss bereits die Kompetenz des Landes in Frage gestellt werden, ob überhaupt ein Klimaschutzgesetz erlassen werden darf, das direkt in die Regionalplanung eingreift, für die in der Metropole Ruhr der RVR zuständig ist. Gutachten belegen, dass die gesetzgeberische Kompetenz allein beim Bund liegt, da dem Ausstoß von Treibhausgasen die Raumbezogenheit fehlt. Kohlendioxid ist nicht giftig und es ist für Umwelteffekte gleichgültig, wo auf der Erde es emittiert wird.

## **Wieder grüner Schnelldurchgang ohne Beteiligung politischer Gremien**

Auch die CDU-Fraktion im RVR befasst sich mit dem Klimaschutzgesetz und wird es auch den politischen Gremien des RVR nicht ersparen. Im Schnelldurchgang zur Sommerpause wollte Landesumweltminister Johannes Remmel (Grüne) die Anhörung u. a. der Regionalräte durchpeitschen. Der Regionalverband Ruhr hat eine Stellungnahme als Fachbehörde unter Vorbehalt einer Gremienentscheidung kurzfristig abgegeben. Eine politische Stellungnahme kam bisher nicht zustande. Der Vorsitzende der Versammlungsversammlung, der Herner Oberbürgermeister Horst Schiereck (SPD), leitete das Anschreiben des Ministeriums erst nach Anfrage der CDU-Fraktion weiter. Offensichtlich soll eine Debatte im parlamentarischen Gremium des Industriestandorte Nummer 1 in Nordrhein-Westfalen vermieden werden. Im Ruhrparlament gibt es wie im Land eine rot-grüne Koalition, hier hat auch der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion einen Sitz und sind Gewerkschaften vertreten, die sich auch beim von den Grünen abgelehnten Bau des Kohlekraftwerks Datteln IV geäußert haben. Die SPD kann sicher Ihrer Verantwortung nicht entziehen. Die CDU wird es nicht tun. Ökonomie und Ökologie gilt es zu vereinen, gerade am Industriestandort Ruhr.

# Mitglieder der CDU-Fraktion



## Sachkundige Bürger

Regina van Dinther (Kultur- und Sportausschuss)  
Dr. Hans-Dieter Fischer (Kultur- und Sportausschuss)  
Hermann Hirschfelder (Sprecher Wirtschaftsausschuss)  
Hanslothar Kranz (Umweltausschuss)

## Stellvertreter

Johannes Brands (Kultur- und Sportausschuss)  
Dr. Jürgen Kämpgen (Kultur- und Sportausschuss)  
Dirk Schmidt (Fraktionsgeschäftsführer)

<b>Name</b>	<b>Ausschüsse</b>	<b>Aufsichts- und Verwaltungsräte</b>
<b>Böhm, Jürgen</b>	ordentl. Mitglied im Wirtschaftsausschuss stellv. Mitglied im BA Ruhr Grün stellv. Mitglied im Umweltausschuss	
<b>Bovenkerk, Udo</b> Stellv. Vorsitzender	ordentl. Mitglied im Verbandsausschuss ordentl. Mitglied im Planungsausschuss, Sprecher stellv. Mitglied im BA Ruhr Grün stellv. Mitglied im Umweltausschuss stellv. Mitglied im Wirtschaftsausschuss	ordentl. Mitglied im Verwaltungsrat Freizeitzentrum Xanten GmbH
<b>Bremerich, Günter</b>	ordentl. Mitglied im Kultur- und Sportausschuss. Sprecher Sport stellv. Mitglied im BA Route der Industriekultur stellv. Mitglied im Planungsausschuss stellv. Mitglied im Wirtschaftsausschuss	ordentl. Mitglied im Verwaltungsrat Revierpark Wischlingen GmbH
<b>Dehm, Jörg</b>	stellv. Mitglied im Verbandsausschuss stellv. Mitglied im Wirtschaftsausschuss	ordentl. Mitglied im Aufsichtsrat der Wirtschaftsförderung metropole- ruhr GmbH
<b>Finke, Ulrich</b>	ordentl. Mitglied im BA Ruhr Grün, Sprecher ordentl. Mitglied im Umweltausschuss stellv. Mitglied im Planungsausschuss stellv. Mitglied im Verbandsausschuss	ordentl. Mitglied im Verwaltungsrat der Revierpark Gysenberg GmbH ordentl. Mitglied im Aufsichtsrat der AGR ordentl. Mitglied in der Verbandsver- sammlung EkoCity
<b>Gräfingholt, Lothar</b>	ordentl. Mitglied im BA Route der Industriekultur ordentl. Mitglied im Kultur- und Sportausschuss, Sprecher Kultur stellv. Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss stellv. Mitglied im Umweltausschuss	ordentl. Mitglied im Aufsichtsrat der Kultur Ruhr GmbH
<b>Hegemann, Lothar</b> Vorsitzender VV	1. stellv. Vorsitzender im Verbandsausschuss ordentl. Mitglied im BA Ruhr Grün ordentl. Mitglied im Umweltausschuss	ordentl. Mitglied im Aufsichtsrat der AGR
<b>Hovenjürgen MdL, Josef</b> 1. Stellvertretender Vorsitzender	ordentl. Mitglied im Verbandsausschuss ordentl. Mitglied im Planungsausschuss stellv. Mitglied im Umweltausschuss stellv. Mitglied im Wirtschaftsausschuss	ordentl. Mitglied in der Verbandsver- sammlung EkoCity ordentl. Mitglied im Verbandsrat Eko- City
<b>Hunsteiger- Petermann</b>	ordentl. Mitglied im Verbandsausschuss	
<b>Jasperneite, Wil- helm</b>	ordentl. Mitglied im Planungsausschuss stellv. Mitglied im Verbandsausschuss stellv. Mitglied im Wirtschaftsausschuss	ordentl. Mitglied im Aufsichtsrat der Maximilianpark Hamm GmbH ordentl. Mitglied im Aufsichtsrat der Wirtschaftsförderungsgesellschaft metropolerohr GmbH stellv. Mitglied im Verwaltungsrat der Freizeitzentrum Kemnade GmbH
<b>Kamps, Heinz- Peter</b>	ordentl. Mitglied im Umweltausschuss stellv. Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss stellv. Mitglied im Planungsausschuss stellv. Mitglied im Wirtschaftsausschuss	ordentl. Mitglied im Aufsichtsrat der AGR stellv. Mitglied in der Verbandsver- sammlung EkoCity
<b>Kutzner, Uwe</b> Stellv. Vorsitzender	Vors. des Ausschusses für Rechnungsprüfung ordentl. Mitglied im Verbandsausschuss stellv. Mitglied im BA Route der Industriekultur stellv. Mitglied im Planungsausschuss stellv. Mitglied im Wirtschaftsausschuss	ordentl. Mitglied im Verwaltungsrat der Revierpark Gysenberg GmbH ordentl. Mitglied im Aufsichtsrat der Ruhrgebiet Tourismus GmbH stellv. Mitglied im Verwaltungsrat der Freizeitzentrum Kemnade GmbH
<b>Prof. Dr. Lammert MdB, Norbert</b>	stellv. Mitglied im Verbandsausschuss	ordentl. Mitglied im Aufsichtsrat der Kultur Ruhr GmbH ordentl. Mitglied im Aufsichtsrat der Ruhr.2010 GmbH
<b>Lind, Oliver</b>	ordentl. Mitglied im BA Route der Industriekultur/ stellv. Vorsitzender ordentl. Mitglied Rechnungsprüfungsausschuss stellv. Mitglied im Planungsausschuss stellv. Mitglied im Wirtschaftsausschuss stellv. Mitglied im Kultur- und Sportausschuss	ordentl. Mitglied im Verwaltungsrat Revierpark Nienhausen

<b>Name</b>	<b>Ausschüsse</b>	<b>Aufsichts- und Verwaltungsräte</b>
<b>Lunemann, Michael</b>	ordentl. Mitglied im BA Ruhr Grün ordentl. Mitglied im Kultur- und Sportausschuss stellv. Mitglied im Umweltausschuss	stellv. Mitglied im Verwaltungsrat Freizeitzentrum Kemnade GmbH
<b>Michels, Wolfgang</b>	ordentl. Mitglied im Wirtschaftsausschuss ordentl. Mitglied Rechnungsprüfungsausschuss stellv. Mitglied im Planungsausschuss stellv. Mitglied im Umweltausschuss stellv. Mitglied im Verbandsausschuss	ordentl. Mitglied im Aufsichtsrat der Tourismus GmbH
<b>Mitschke, Roland</b> Vorsitzender	Vors. des Wirtschaftsausschusses ordentl. Mitglied Verbandsausschuss, Sprecher stellv. Mitglied im Planungsausschuss	ordentl. Mitglied im Aufsichtsrat der AGR stellv. Mitglied in der Verbandsversammlung EkoCity
<b>Nakot, Werner</b>	ordentl. Mitglied/stellv. Vors. des BA Ruhr Grün ordentl. Mitglied im Umweltausschuss stellv. Mitglied im BA Route der Industriekultur stellv. Mitglied im Kultur- und Sportausschuss	ordentl. Mitglied im Verwaltungsrat Revierpark Vonderort GmbH
<b>Partenheimer, Gabriele</b>	ordentl. Mitglied im Planungsausschuss ordentl. Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss stellv. Mitglied im BA Route der Industriekultur stellv. Mitglied im Umweltausschuss stellv. Mitglied im Kultur- und Sportausschuss	ordentl. Mitglied im Verwaltungsrat Revierpark Vonderort GmbH
<b>Pisula, Thomas</b>	ordentl. Mitglied/stellv. Vorsitzender im Planungsausschuss; ordentl. Mitglied BA Route d. Industriekultur, Sprecher stellv. Mitglied im BA Ruhr Grün stellv. Mitglied im Verbandsausschuss stellv. Mitglied im Wirtschaftsausschuss	ordentl. Mitglied im Verwaltungsrat Umweltzentrum Westfalen GmbH
<b>Sauerland, Adolf</b>		
<b>Schick, Norbert</b>	ordentl. Mitglied im Planungsausschuss stellv. Mitglied im BA Ruhr Grün stellv. Mitglied im BA Route der Industriekultur stellv. Mitglied im Kultur- und Sportausschuss stellv. Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss stellv. Mitglied im Verbandsausschuss	
<b>Wöll, Werner</b>	Vors. des BA Route der Industriekultur ordentl. Mitglied im Wirtschaftsausschuss stellv. Mitglied im Planungsausschuss stellv. Mitglied im Umweltausschuss stellv. Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss	ordentl. Mitglied im Verwaltungsrat Freizeitzentrum Kemnade GmbH

**Die vorstehende Tabelle greift bereits Umbesetzungen vor, die am 10.10. bzw. 19.12. beschlossen werden sollen.**

## **Impressum**

V. i. S. d. P.: CDU-Fraktion im RVR, Dirk Schmidt, Kronprinzenstraße 35, 45128 Essen — 16.09.2011

## **Bildnachweis**

S. 11 photocase.com; S. 2, S.12 Tim Wollenhaupt; S. 9, Eybe+Eybe/CDU-Fraktion im RVR; S. 16 Sascha Bednarz; S.20, S. 22 Dirk Schmidt/CDU-Fraktion im RVR  
Dank an die CDU-Ratsfraktion Dortmund für S. 7.

Diese Broschüre dient der Öffentlichkeitsarbeit der CDU-Fraktion in der Verbandsversammlung des Regionalverbands RVR, kurz: CDU-Fraktion im RVR. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerberinnen bzw. Wahlbewerbern zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Eine Verwendung dieser Druckschrift durch Parteien oder sie unterstützende Organisationen zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt unberührt.



## Holen Sie sich Informationen aus erster Hand!

### **CDU-Fraktion im RVR**

Die Email-Adresse der Geschäftsstelle der CDU-Fraktion im RVR

[cdu-fraktion@rvr-online.de](mailto:cdu-fraktion@rvr-online.de)

### **CDU Ruhr**

Die Internetseite der CDU Ruhr mit den Pressemitteilungen und Berichten der CDU-Fraktion im RVR

[www.cdu-ruhr.de](http://www.cdu-ruhr.de)

### **Regionalverband Ruhr**

Die Internetseite des Regionalverbands Ruhr mit Links zu weiteren Einrichtungen

[www.rvr-online.de](http://www.rvr-online.de)

**Ihr Kontakt bei der  
CDU-Fraktion im RVR:**

**0201 - 2069 200 oder**

**[cdu-fraktion@rvr-online.de](mailto:cdu-fraktion@rvr-online.de)**



Metropole Ruhr: Region der neuen Chancen